

Zwischenruf von Frau Staatssekretärin Dr. Ute Leidig MdL**bei den familienpolitischen Gesprächen im Hospitalhof am 22. September 2021****– Es gilt das gesprochene Wort –**

Sehr geehrte Frau Renninger,
sehr geehrter Herr Dr. Bujard
sehr geehrte Frau Wagner, Frau Groschwitz und Frau Wahnschaffe,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Kinder sind unsere Zukunft. Familien, Kinder, Jugendliche sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie zu unterstützen, ihnen gute, gesunde Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten ist eine der großen wichtigen Aufgaben der Politik.

Blicken wir auf die letzten eineinhalb Jahre: Kindern und Jugendlichen wurde durch die Schließung von Einrichtungen, Kontaktbeschränkungen und den Verlust ihrer Freizeiträume besonders viel zugemutet. Eltern mussten – häufig neben ihrer Erwerbstätigkeit – den Wegfall von Schule und Betreuungseinrichtungen kompensieren, oft begleitet von großen Sorgen um die Entwicklung ihrer Kinder und die Gesundheit von Angehörigen.

Ich bin sehr dankbar, dass die Familien eine in jeder Hinsicht vorbildhafte Solidarität mit denjenigen gezeigt haben, die – solange es keine Impfmöglichkeiten gab – darauf angewiesen waren, dass wir als Gesellschaft sie schützen. Sie haben einen unschätzbaren Beitrag in dieser Pandemie geleistet.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei, aber durch die Impfmöglichkeiten sind wir in einer neuen Phase. Klar ist: Wir können den Familien nicht noch mehr abverlangen. Wir müssen alles dafür tun, dass sie wieder zu einer für sie sicheren Normalität zurückkehren können.

Durch unsere Corona-Verordnungen zu Kinder- und Jugendarbeit, zur Familienbildung und den Frühen Hilfen sorgen wir dafür, dass die soziale Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien auch unter Pandemiebedingungen weiterlaufen kann. Wenn erneute Einschränkungen notwendig werden sollten, werden wir dafür Sorge tragen, dass diese wichtige Arbeit so weit als möglich aufrecht erhalten bleiben kann.

Als Landesregierung folgen wir folgender Linie: Öffnungen müssen für die Kinder und Jugendlichen sicher sein – die allgemeine Pandemieeindämmung muss mit anderen Mitteln erreicht werden und darf nicht erneut Familien belasten.

Die Folgen der Pandemie werden uns noch lange begleiten. Neben kurzfristigen Maßnahmen sind Maßnahmen notwendig, mit denen wir mittel- und langfristig sowie nachhaltig diejenigen begleiten und stärken, die unter der Pandemie und ihren Folgen besonders gelitten haben.

Als Sozial- und Gesundheitsressort liegt unser Augenmerk vor allem auf der körperlichen und psychischen Gesundheit, einer guten sozial-emotionalen Entwicklung und der Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen in der Gesellschaft.

Viele Hilfen sind bereits schnell und unbürokratisch angelaufen. Die Förderprogramme des Corona-Aufholpakets des Bundes machen viele zusätzliche Maßnahmen möglich und unser Haus tut alles dafür, dass diese Mittel in Baden-Württemberg auch schnell und gut genutzt werden können. Auch in unseren bereits bestehenden Landesförderprogrammen, wie dem Landesprogramm STÄRKE oder dem Masterplan Jugend, arbeiten wir eng mit den Kommunen und freien Trägern zusammen. Ziel ist es, dass diese Programme dazu genutzt werden können, um die besonderen aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Landesregierung wird – wie im Koalitionsvertrag vereinbart - im kommenden Jahr im Dialog mit Kommunen, Trägern und weiteren Akteurinnen und Akteuren einen ressort-übergreifenden Masterplan entwickeln. Wir wollen mit einem Gesamtpaket aus kurz- mittel- und längerfristigen Maßnahmen in allen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtigen Feldern dafür sorgen, dass sich die Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und Familien nicht verfestigen, Entwicklungsschritte nachgeholt werden, das Vertrauen in die Zukunft wieder wächst.

Als dringlichstes Thema sehen wir die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische und physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Deshalb haben wir im August einen Fachgipfel zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Pandemie einberufen. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter der stationären und ambulanten Psychiatrie, aus psychologischen Beratungsstellen, Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Betroffenenverbände haben an diesem Fachgipfel teilgenommen. Im Fachgipfel bestand Einigkeit, dass wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, um mehr Therapieplätze und präventive Angebote zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitsbereich zu stärken.

Um möglichst zeitnah erste Ergebnisse vorzustellen, haben wir eine Task Force eingerichtet, die derzeit Vorschläge erarbeitet. Hier müssen alle – freie Träger, Kommunen, Land, Bund, Gesundheitsbereich – mit anpacken, um neue und zusätzliche Unterstützungsangebote zu entwickeln, die schnell bei denjenigen ankommen, die gegenwärtig am stärksten belastet sind.

Das Land will erreichen, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass diese wichtige Arbeit vor Ort geleistet werden kann. Schon in den vergangenen Jahren hat es in Baden-Württemberg einen stetigen Aufbau der ambulanten sowie der voll- und teilstationären Versorgung gegeben. Die teilstationären Kapazitäten im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden um rund 40 Prozent und die vollstationären Kapazitäten um etwa 16 Prozent erhöht.

Zusätzlich wird aktuell die Ausweisung der sogenannten stationsäquivalenten Behandlung forciert, also einer Behandlung im häuslichen Umfeld der Patientinnen und Patienten, welche durch mobile ärztlich geleitete multiprofessionelle Teams erbracht wird.

Wir haben aus der Krise gelernt und lernen ständig dazu. Eine zentrale Aufgabe der Landesregierung ist es, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Denn wir wissen sicher: Unsere Gesellschaft wird regelmäßig Krisen bewältigen müssen. Solche die wir bereits kennen - und solche, über die wir noch nichts wissen. Genau dafür wollen wir unser Gemeinwesen noch stärker wappnen.

Um in der Breite die Konsequenzen aus der Pandemie aufzuarbeiten, werden wir im Landtag eine Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ einrichten. Dabei soll es in der Enquetekommission weder um eine rückwärtsgewandte Bewertung einzelner Maßnahmen, noch um Sofortmaßnahmen gehen. Vielmehr soll dieser Prozess nach vorne gerichtet sein. Die Leitfrage

der Enquetekommission lautet: Wie kann unsere Gesamtgesellschaft krisenfester aufgestellt werden?

Ein zentrales Handlungsfeld wird dabei die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie die Teilhabechancen junger Menschen sein. Auch geht es darum, Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss, z.B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser und ähnliches.

Ebenso soll die Gesundheitskompetenz verbessert und der Stellenwert von Gesundheitsförderung und Prävention weiter erhöht werden.

Die Ergebnisse der Enquetekommission sollen bis Mitte der Legislaturperiode vorliegen und konkrete Handlungsempfehlungen für das Land Baden-Württemberg umfassen, so dass noch innerhalb dieser Legislatur damit begonnen wird, Maßnahmen umzusetzen.

Wir wollen als Land aus den Erfahrungen lernen und dafür sorgen, dass Kinder, Jugendliche und Familien langfristig gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir als Landesregierung haben uns hierzu im Koalitionsvertrag schon einiges vorgenommen, wie die Entwicklung und Implementierung einer langfristigen Familienförderstrategie, den weiteren Ausbau der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Stadt- und Landkreisen, die Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Umsetzung von Verbesserungen im Kinderschutz.

Nicht alles davon geht „jetzt auf gleich“. Wir wollen Vorhaben, die langfristig wirken sollen, mit der gebotenen Sorgfalt zu entwickeln. Momentan hat die Bewältigung der Corona-Folgen für uns die höchste Priorität. Dabei ist uns natürlich bewusst: Je länger Kinder und Jugendliche durch die Pandemie bedingte Belastungen und Defizite „mitschleppen“, desto größer können sie werden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir diese fordernde und wichtige Aufgabe gemeinsam gut bewältigen werden. Wir sind in Baden-Württemberg gut aufgestellt und verfügen in allen Bereichen über starke und innovative Kräfte und pflegen schon lange eine gute Zusammenarbeit.

Kinder sind unsere Zukunft. Gemeinsam können wir ihnen das Lebensumfeld bieten, dass sie für ihre Entwicklung brauchen.